

Presseausendung

Niedrige Grundwasserstände breiten sich in ganz Österreich aus

ÖVGW drängt auf rasche Umsetzung des Regierungsprogramms.

Wien. – Der Klimawandel im Bereich Wasser ist auch im Westen Österreichs angekommen, das zeigen auch aktuelle Medienberichte und Informationen von Wasserversorgern z.B. aus Salzburg, Oberösterreich, Kärnten und Tirol. Geringe Niederschlagsmengen und sinkende Grundwasserstände stellen die Trinkwasserversorgung zunehmend vor große Herausforderungen. Die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) nimmt die aktuelle Situation zum Anlass und fordert eine rasche Umsetzung zentraler Punkte aus dem Regierungsprogramm, allen voran das Entnahmeregister samt Aufzeichnungspflichten für alle Wasserentnahmen (nicht nur die Wasserversorger) sowie die entschädigungsfreie Vorrangstellung der Trinkwasserversorgung in Wassermangelsituationen.

Laut Wasserhaushaltsbericht 2025 des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz (BMLUK) weisen im November 2025 rund 50 Prozent der Messstellen in Österreich niedrige oder sehr niedrige Grundwasserstände auf. Bereits in den Jahren 2022 und 2023 lagen vielerorts die Grundwasserstände unter den 100-jährigen Tiefstständen. Sollte sich der derzeitige Trend fortsetzen, steuern wir 2026 auf eine vergleichbar angespannte Situation zu, wobei dieses Mal nicht nur der Osten Österreichs, sondern Regionen im ganzen Land betroffen sein könnten.

„Die Sicherstellung einer nachhaltigen Wasserversorgung ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Eine schnelle Umsetzung des treffenden und guten Regierungsprogramms, in dem die entschädigungsfreie Vorrangstellung der Trinkwasserversorgung in Wassermangelsituationen sowie Aufzeichnungspflichten für alle Wasserentnahmen festgehalten sind, wird immer wichtiger. – Wassermangellagen sind heute kein regionales Phänomen mehr, sondern können mittlerweile in ganz Österreich auftreten“, betont Mag. Nikolaus **Sauer**, Vizepräsident der ÖVGW und Sprecher des Wasserfaches.

Versorgungssicherheit unter Druck

Die Auswirkungen des Klimawandels verschärfen die Situation zusätzlich. *„Mit zunehmendem Klimawandel wird es stärkere Schwankungen im Niederschlagsgeschehen geben und somit auch zunehmende Schwankungen der Grundwasserstände und der*

Verfügbarkeit von Wasser aus Brunnen und Quellen. Für die Wasserversorger bedeutet das, dass die Wassergewinnung hinsichtlich der quantitativen Verfügbarkeit herausfordernder wird“, erklärte Roman **Neunteufel** von der BOKU Wien im Rahmen einer Studienpräsentation im September des vergangenen Jahres.

Die geringen Niederschlagsmengen des bisherigen Winters seien ein deutliches Alarmsignal für die Versorgungssicherheit. *„Die Versorgung der Haushalte mit rund 130 Litern Trinkwasser pro Person und Tag muss unter allen Umständen gewährleistet werden“*, so **Sauer**. Durch bauliche Optimierungen in der Infrastruktur und im Leitungsnetz sei die Versorgungssicherheit bereits erhöht worden. Dennoch brauche es dringend klare gesetzliche Rahmenbedingungen für den Fall von Wassermangel.

Forderungen der ÖVGW

1. Vorrangstellung der Trinkwasserversorgung bei Wassermangel

Die ÖVGW fordert die rasche Umsetzung des Regierungsprogramms, das eine entschädigungsfreie Vorrangstellung der Trinkwasserversorgung in Mangelsituationen vorsieht. *„Im Fall einer Wassermangelsituation muss es aus Gründen der Versorgungssicherheit der Bevölkerung unbedingt möglich sein, andere Wassernutzer entschädigungsfrei in ihrem Recht auf Wasserentnahme einzuschränken. Nur so kann eine sichere Trinkwasserversorgung gewährleistet werden“*, erklärt ÖVGW-Vizepräsident **Sauer**.

2. Aufzeichnungspflicht für alle Wasserentnahmen

Zudem sei eine verpflichtende Aufzeichnung aller Wasserentnahmen aus Grundwasserkörpern unerlässlich. *„Besonders die Aufzeichnungspflichten für alle Wasserentnahmen sind ein sehr wichtiger Punkt, da wir als Wasserversorger derzeit nicht feststellen können, wie viel Wasser aus einem Grundwasserkörper entnommen wird. Verschiedene andere Wassernutzer sind derzeit von den Aufzeichnungspflichten ausgenommen – wir sind hier quasi im Blindflug unterwegs“*, sagt **Sauer** und ergänzt: *„Wir müssen jetzt ins Handeln kommen! Es ist eine zügige legislative Umsetzung des im Regierungsprogramm verankerten Entnahmeregisters notwendig.“*

Die ÖVGW appelliert daher an die Bundesregierung, rasch zu handeln, um die langfristige Versorgungssicherheit mit Trinkwasser für die Bevölkerung zu gewährleisten.



*„Es ist eine zügige legislative Umsetzung des im Regierungsprogramm verankerten Entnahmeregisters notwendig.“, Mag. Nikolaus **Sauer**, Vizepräsident der ÖVGW und Sprecher des Wasserfaches.*

© Max Slovencik

ÖVGW

Die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) ist die einzige, unabhängige und freiwillige Interessensvertretung für die österreichischen Trinkwasserversorger. Sie zählt über 308 Unternehmen aus dem Wasserbereich zu ihren Mitgliedern. Über Kooperationen mit Landesverbänden vertritt die ÖVGW mehr als 2.000 Wasserversorger. Diese beliefern rund 80 % der zentral versorgten Bevölkerung mit Trinkwasser. Das österreichische Trinkwasser wird zu 100 % aus Grundwasser (Brunnen und Quellen) gewonnen, welches Großteils nicht aufbereitet werden muss. Für die ÖVGW steht daher der Schutz des Grundwassers und die sichere Versorgung der Bevölkerung mit gesundem, hochqualitativem Trinkwasser in Zeiten des Klimawandels im Fokus.

Rückfragehinweis

Mag. Georg Amschl

Leiter Öffentlichkeitsarbeit ÖVGW

Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach

1010 Wien, Schuberting 14

Mobil +43 (0)664 / 88 10 00 47

presse@ovgw.at | amschl@ovgw.at

www.ovgw.at | www.unsertrinkwasser.at